

Antrag 53/II/2024
Abteilung 07/04 Lichtenrade-Marienfelde
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: AfB, Jusos (Konsens)

Handyverbot an Berliner Schulen

1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion wird aufgefordert,
2 entsprechend ihrer Zuständigkeit, ein allgemeines Handy-
3 verbot an Schulen durchzusetzen, um das soziale Wohlbe-
4 finden, das soziale Klima und ein erfolgreiches Lernen für
5 Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.

6
7 **Begründung**

8 Viele europäische Länder, wie beispielsweise Frankreich,
9 haben Smartphones inzwischen aus dem Schulalltag ver-
10 bannt. Derzeitig ist die Handhabe eines Handyverbots in
11 Deutschland nicht nur Angelegenheit der einzelnen Bun-
12 desländer, sondern obliegt der Entscheidung jeder einzel-
13 nen Schule. Es ist allgemein bekannt, dass Jugendliche
14 schon heute zu viel Zeit online verbringen, Süchte und Ver-
15 änderungen in der Selbstwahrnehmung entwickeln und
16 sich zudem das Aufmerksamkeits- und das Konzentrati-
17 onsvermögen massiv verringern.

18
19 Eine Studie des Lehrstuhls für Schulpädagogik der Univer-
20 sität Augsburg hat die Wirkung eines Verbots von Han-
21 dys bzw. Smartphones an Schulen sowohl im Hinblick auf
22 die schulischen Leistungen als auch auf das soziale Wohl-
23 befinden von Schülerinnen und Schülern untersucht. Die
24 Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Smartphone-
25 Verbot messbar positive Effekte auf das soziale Klima und
26 auf die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler ha-
27 ben und Lehrerinnen und Lehrern das Lehren erleichtern.

28
29 Ausgenommen ist der gezielte Einsatz von Smartphones
30 und Tablets Medien im Unterricht, da die Geräte durch-
31 aus Potenzial in Bezug auf Kommunikation und Informa-
32 tionsbeschaffung bieten und auch weiterhin aber gezielt
33 als Unterrichtselement eingesetzt werden sollen.

34
35 Eine einheitliche Regelung soll Klarheit und einheitliche
36 Voraussetzungen schaffen.